Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 25 267
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Sebastian Czaja (FDP)

vom 16. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Oktober 2020)

zum Thema:
Medizinische Versorgung für Transpersonen

und **Antwort** vom 07. November 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Nov. 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung

Herrn Abgeordneten Sebastian Czaja (FDP)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25267
vom 16. Oktober 2020
über Medizinische Versorgung für Transpersonen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

In den vergangenen Monaten fanden Stimmen von betroffenen transgeschlechtlichen Männern mediale Aufmerksamkeit, die höchst negative Erfahrungen bei gynäkologischen Untersuchungen gemacht haben. Für Transmänner, die gynäkologische Versorgung brauchen, ist der notwendige Besuch bei Gynäkologinnen und Gynäkologen bisweilen belastend bis traumatisch. Das gilt auch für Transfrauen, die andrologische bzw. urologische Behandlungen brauchen.

Das beginnt den Erfahrungsberichten zufolge bereits bei der Anmeldung und dem Aufenthalt im Wartezimmer und setzt sich bei der Untersuchung selbst fort. Für transgeschlechtliche Menschen können Berührungen und Untersuchungen ihrer Geschlechtsorgane besonders herausfordernd sein.

Die Berichte lassen darauf schließen, dass es bei dem Umgang mit transgeschlechtlichen Menschen in der Gynäkologie bzw. Urologie oder Andrologie dringender Aufklärung und Sensibilisierung der Handelnden bedarf, um Stigmatisierungen abzubauen. Außerdem muss verhindert werden, dass infolge der schlechten Erfahrungen transgeschlechtliche Menschen darauf verzichten eine Ärztin oder einen Arzt aufzusuchen und damit ihre Gesundheit gefährden.

1. Wie schätzt der Senat den Bedarf an spezifischer medizinischer Versorgung für Transpersonen ein?

Zu 1.:

Seit einigen Jahren nimmt die Sichtbarkeit von transgeschlechtlichen Menschen in Berlin in nahezu allen Lebensbereichen kontinuierlich zu mit positiven Auswirkungen auf die Akzeptanz vielfältiger Geschlechtsidentitäten in der Gesellschaft und die Entwicklung und Verbreitung entsprechender Fachexpertise hinsichtlich der vielgestaltigen Lebensrealitäten.

Im Rahmen des „Runden Tisches Trans- und Intergeschlechtlichkeit“, zu dem die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) regelmäßig einlädt, wurde jedoch auch festgestellt, dass die medizinische Versorgung allgemein zu den Bereichen gehört, in denen transgeschlechtliche Menschen aufgrund stereotyper Grundannahmen aus-

gesprochen häufig Ungleichbehandlung, Diskriminierung und nicht bedarfsgerechte Versorgung erleben sowie mit mangelnder Fachexpertise und ihren weitreichenden Folgen konfrontiert sind. Am 14. Mai 2020 hat die EU-Grundrechteagentur (FRA) die Ergebnisse ihres zweiten großen LGBTI-Survey veröffentlicht (https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-lgbti-equality_en.pdf), die diese Einschätzung bestätigen. An der Onlineumfrage haben sich knapp 140.000 Menschen aus 30 Ländern beteiligt, davon mehr als 16.000 aus Deutschland. Die Ergebnisse im Bereich Gesundheitsversorgung belegen, dass trans- und intergeschlechtliche Menschen im Vergleich zu den befragten cisgeschlechtlichen lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen insgesamt mit Abstand häufiger Diskriminierung erleben, beim Zugang zur Versorgung benachteiligt sind, häufiger die Ärztin oder den Arzt wechseln, gesundheitliche Versorgung und Prävention meiden, unangebrachter Neugier ausgesetzt sind und zu unangemessenen Maßnahmen gedrängt werden (lediglich 40 % der befragten transgeschlechtlichen Menschen und 35 % der intergeschlechtlichen Menschen antworteten, nichts dergleichen erlebt zu haben oder zu erleben).

In Kenntnis der Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) im Gesundheitswesen und ihrer spezifischen Bedarfe, implementiert die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (SenJustVA) beim von ihr geförderten Antidiskriminierungsprojekt „Stand Up“ der Schwulenberatung Berlin gGmbH seit Ende 2018 einen Maßnahmebereich zum Abbau von Diskriminierung im Gesundheitswesen. Neben der Einrichtung eines Runden Tisches zu „Diskriminierung von LSTBIQ* im Gesundheitswesen in Berlin“, hat das Projekt eine nicht repräsentative, quantitative Umfrage mit über 500 Teilnehmenden zu Erfahrungen von LSBTI im Gesundheitswesen in Berlin durchgeführt, deren Ergebnisse in der Gesamtschau von jenen der FRA ebenfalls bestätigt werden (https://uploads-ssl.webflow.com/5e611da6df9df8352cedce45/5efdadd3e3df60bd3fd5fd9d_Final_Diskriminierung%20im%20Gesundheitswesen_B_Bericht_2019.pdf). Die Notwendigkeit, die Aus-, Fort- und Weiterbildung der medizinischen Berufe inhaltlich auch zu LSBTI Lebensweisen und den spezifischen medizinischen Bedarfen auszubauen, gehört zu den zentralen Handlungserfordernissen, um die spezifische Versorgung der Zielgruppen nachhaltig zu verbessern.

2. Gibt es spezielle Aus- und Fortbildungsangebote für Studierende der Medizin, die medizinisches Wissen speziell im Bereich Geschlechtsinkongruenz und Transgesundheit zum Gegenstand haben?

3. Gibt es spezielle Aus- und Fortbildungsangebote für Studierende der Medizin, die nicht nur die gynäkologische bzw. urologische oder andrologischen Komponenten in den Blick nehmen, sondern auch gezielt Sensibilität im Umgang mit Transpersonen zum Gegenstand haben?

Zu 2. und 3.:

Im Modellstudiengang Medizin an der Charité ist im sechsten Fachsemester verpflichtend die Abschlussvorlesung des Moduls „Sexualität und endokrines System“ zu belegen. Die Vorlesung findet jedes Semester statt und wird vom Institut Sexualwissenschaft und Sexualmedizin angeboten.

Dargestellt wird das Vorgehen bei der Diagnostik und in diesem Zusammenhang wird eingegangen auf die verschiedenen Differentialdiagnosen, die ein Unbehagen im Geburtsgeschlecht und ein Zugehörigkeitsgefühl zum anderen Geschlecht zur Folge haben können. In der Betreuung Betroffener geht es um die Begleitung des Identitätsfindungsprozesses

unter Auswertung von Alltagserfahrungen in der gewünschten Geschlechtsrolle. Die Grundprinzipien der konträrgeschlechtlichen Hormonbehandlung werden erläutert. Informiert wird zudem über die rechtlichen Grundlagen der Geschlechtsangleichung. Das Indikationsgebiet wird beispielhaft für das Spannungsfeld zwischen Sexualität und sozialen Normen und der besonderen Rolle des ärztlichen Berufsstandes diskutiert.

4. Gibt es spezielle Fortbildungsangebote für Gynäkologinnen und Gynäkologen bzw. Urologen und Urologinnen, die medizinisches Wissen speziell im Bereich Geschlechtsinkongruenz und Transgesundheit zum Gegenstand haben?

Ja. Im Land Berlin wurden in den vergangenen fünf Jahren von verschiedenen Fortbildungsveranstaltenden Fortbildungen angeboten, die diesem Themenkanon zugeordnet werden können (vgl. das folgende Abfrageergebnis aus der CME-Datenbank der Ärztekammer Berlin, (Stand 26.10.2020)):

Titel	Thema
Entwicklung der Geschlechtsidentität/des Gender. Überlegungen zum narzisstischen Pol der sexuellen Identität	Psychoanalyse
BIH Symposium on Sex and Gender Aspects in Biomedical Research	Geschlechteraspekte in der biomedizinischen Forschung
Gender in der Medizin	Frauen erkranken anders als Männer
Die Genderproblematik	Die Genderproblematik (oder geschlechtsspezifische Unterschiede im Team und/oder bei Suchtkranken)
Geschlechtsidentitätsstörung_Genderdysphorie_Geschlechtsinkongruenz- aktuelle und anstehende med. und psych.-soz. Rahmenbedingungen der Versorgung von Kindern und Jugendlichen	Geschlechtsidentität
Interdisziplinäre Transgender Sprechstunde der Charité	Kinderendokrinologie
BundesKongress Gender-Gesundheit	Herausforderungen und Potentiale geschlechtsspezifischer Gesundheitsversorgung
Aktuelle Schritte der Entpsychopathologisierung von Transgeschlechtlichkeit	Aktuelle Schritte der Entpsychopathologisierung von Transgeschlechtlichkeit
Gendermedizin in der Kardiologie und Diabetologie	Gendermedizin in der Kardiologie und Diabetologie
Bundeskongress Gendergesundheit 2015	Herausforderungen und Potentiale geschlechtsspezifischer Gesundheitsversorgung

5. Welche speziellen Fortbildungsangebote für Gynäkologinnen und Gynäkologen bzw. Urologinnen und Urologe oder Androloginnen und Andrologen, die gezielt die Sensibilität im Umgang mit Transgeschlechtlichen zum Gegenstand haben, gibt es in Berlin?

Zu 5.:

Im Zeitraum von 2015 bis 2020 (Stand 26.10.2020) – wurden in Berlin nach Angabe der Ärztekammer Berlin insgesamt zehn Veranstaltungen angeboten, bei denen im Veranstaltungstitel oder im Veranstaltungsthema die Suchbegriffe *gender*, *inkongruenz*, *transgesundheit* und *transgeschlecht* angegeben worden sind.

6. Wie wird der Senat entsprechend initiativ werden und Aus- sowie Fortbildungsmaßnahmen für genderneutrale bzw. -sensible gynäkologische, urologische bzw. andrologische Untersuchungen fördern?

Zu 6.:

Der Runde Tisch zu „Diskriminierung von LSTBIQ* im Gesundheitswesen in Berlin“ des Antidiskriminierungsprojekts „Stand Up“ hat – neben der Vernetzung der relevanten Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld u.a. zum Ziel, erforderliche Anpassungen in den Curricula von Aus-, Fort- und Weiterbildung zu identifizieren und Empfehlungen für deren Implementierung zu entwickeln. Die LADS steht mit dem Projekt im regelmäßigen Fachaustausch. Im Rahmen der ressortübergreifenden Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) beabsichtigt die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung im Handlungsfeld 1 zu „Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen“ zum Thema „Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt im Bereich Gesundheit“ die Umsetzung von Maßnahmen, die u.a. dazu beitragen sollen, die Sensibilität für LSBTI im Gesundheitswesen zu verbessern und in diesem Zuge die Erfordernis von Fort- und Weiterbildungen zu prüfen.

Berlin, den 07. November 2020

In Vertretung
Martin Matz
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung